DEUTSCHE BAUZEITUNG

Herausgeber: Architekt Martin Mächler
Regierungsbaumeister Dr. Ing. E. h. Fritz Eiselen
Regierungsbaurat Rudolf Stegemann

Berlin SW 48
3. Jan. 1934

Organ des Deutschen Ausschusses für wirtschaftliches Bauen

Heft 1

ZUM NEUBAU DEUTSCHLANDS

Nach dynamischen und statischen Gesetzen

Martin Mächler, Berlin

Wenn Deutschland nach der Katastrophe, um leben und sich entwickeln zu können, als nationale und soziale Einheit gestaltet werden muß, dann ist damit nicht nur Denen, die es im geistigen Sinne neu aufbauen, und Denen, die es im politischen und wirtschaftlichen Sinne neu ordnen wollen, eine sehr bestimmte Aufgabe gesetzt, sondern diese Tatsache birgt auch für Diejenigen, die den Neubau Deutschlands im eigentlichen Sinne des Wortes zu vollziehen haben, d. h. für Alle die auf den Gebieten der Baukunst, Bautechnik und Bauwissenschaft tätig sind, also für alle Architekten, Ingenieure und Techniker, für die Unternehmer und Arbeitnehmer auf den Gebieten des Hoch-, Tief- und Straßenbaus sowie der Bau- und Baustoffindustrie, überhaupt für den gesamten Wohnungs-, Heimstätten-, Industrie-, Siedlungs-, Verkehrs- und Städtebau eine neue Zielsetzung.

Für alle die neuen Organisationen und Institutionen, die eine heraufziehende Zeit fordern wird, für die einer Völkerwanderung gleichkommende Bevölkerungsbewegung, die sie mit der Neuverteilung der Arbeitskräfte veranlassen wird, für die neuen Gemeinschaftsformen, in denen diese Bevölkerung leben und arbeiten wird, für die neuen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse, die diese Bevölkerung haben wird, wird auch im rein materiellen Sinne eine Grundlage zu schaffen sein. Ihr Schöpfer ist, vom Standpunkt der Volkseinheit aufgefaßt, der Staatenbauer der Zukunft. Für ihn und seine ganze Gefolgschaft muß der Wahlspruch gelten, der aus der tiefsten Lehre aller großen Katastrophen abzuleiten ist, daß nicht nur der Neubau der staatlichen Verhältnisse, der nach der politischen und wirtschaftlichen Seite hin nach der Katastrophe einzusetzen hat, von einheitlicher Systematik getragen sein muß, sondern daß auch der Neubau im eigentlichen Sinne des Wortes sich in dem Rahmen einer einheitlichen Methode nach den dynamischen und statischen Gesetzen des Staatenbaues zu vollziehen hat.

Bisher ist wohl fast alle Bautätigkeit zum Teil von ästhetischen Gesichtspunkten, vorwiegend aber von Gesichtspunkten der Technik geleitet worden. Diese Art der Bautätigkeit bedeutet aber vom Standpunkt des Ganzen aus gesehen nichts anderes als Teil- und Gelegenheitsarbeit. Der Mangel an Methode wird dadurch erklärt, daß die Bauherren der Vergangenheit fast ausschließlich privilegierte kleine Gruppen gewesen sind. Schon die Entwicklung Deutschlands beweist uns das. Die Fürsten und die Kirche schufen die großen Werke unserer ersten Bauperiode und gingen dabei bald in engerem, bald in loserem Zusammenhange, teils nach eigenen Plänen, teils nach solchen, wie sie bei anderen Völkern oder durch diese in Deutschland schon zur Anwendung gelangt waren, vor. In der zweiten Periode verbreitert sich die Grundlage. Der Adel und das Bürgertum drücken den Bauwerken ihr Gepräge auf. In der dritten Periode kennzeichnet sich, während namentlich der bürgerliche Faktor fortschreitet, die aufblühende Kunst und Wissenschaft in ihnen. Kommunalisierung und Sozialisierung schaffen sich gleichfalls hervorragenden Ausdruck, und schließlich treten in der eben hinter uns liegenden Periode Industrialisierung und Kommerzialisierung des neuen Reiches selbständig hervor. Vor uns liegt nun die fünfte Periode. Sie wird die Periode eines neuen einheitlichen Deutschland als Bauherrn sein. Nicht mehr das Einzelne, sondern das Ganze wird zur Aufgabe im tiefsten Sinne des Wortes!

Welches ist dieser einheitliche Gesichtspunkt? Ohne Zweifel der der politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeit. Das Deutschland der Zukunft wird ein anderes sein, als das der Vergangenheit. Es wird auch in der Struktur seines materiellen Aufbaus zeigen müssen, daß es kein partikularistisches, aber auch kein bloßes national-wirtschaftliches Gebilde mehr sein kann, sondern seiner ganzen Lebensnotwendigkeit nach eine Weltpolitik und Weltwirtschaft treibende nationale und soziale Einheit sein muß, wenn es den Platz und Rang einnehmen will, der ihm naturnotwendig zukommt.

Von diesem Gesichtspunkt aus wird sich der Neubau Deutschlands vollziehen müssen. Von ihm aus ist auch die finanzielle Form zu finden, die als Grundlage für eine Sanierung der bestehenden Verhältnisse und weitere Aufwärtsentwicklung unserer Kulturerrungenschaften dienen kann. Der einzelne Bauherr oder die kleine Bauherrengruppe dürfen nicht mehr in ihrer alten Form schalten und mit überlebten Typen und Normen walten wie sie wollen. Sie dürfen ihre Aufträge nur geben, von dem Bewußtsein geleitet, daß der eigentliche Bauherr das ganze Deutschland mit seinen nationalen und Weltinteressen und einer neuen Kulturaufgabe ist. Weil aber ein klares Zielbewußtsein in diesem Sinne vom Einzelnen weder zu erwarten noch zu verlangen ist, eben deswegen muß allgemein aus Zweckgründen der Ruf nach Systematik und Methode auf staatenbaulichem Gebiete erhoben werden. Legen wir dem deutschen Neubau die Erkenntnis von der Notwendigkeit seiner nationalen und sozialen Vereinheitlichung und vollkommenen Anpassung an Deutschlands weltpolitische, wirtschaftliche und kulturelle Aufgaben und Ziele zugrunde, so muß er sich im eigentlichen Sinne des Wortes auch in neuen Formen vollziehen. Diese Aufgabe zu erfüllen, ist aber nur im Rahmen eines Gesamtbebauungsplanes möglich, der von der Vergangenheit ausgeht und in die Zukunft weist.

Ist einmal ein solcher einheitlicher, baupolitischer Rahmen gegeben, dann werden innerhalb dieses Rahmens alle fähigen Köpfe des Bauwesens tätig sein können und, ihrer Eigenart unbeschadet, doch bei all ihrem Tun die Sicherheit besitzen, dem großen und einzigen Ziele entgegenzuarbeiten.

BIBLIOTEKA POLITECHNIKI ŚLĄSKIEJ

ARBEITSBESCHAFFUNG DURCH DIE BAUWIRTSCHAFT!

Dieses Problem, als die vordringlichste Aufgabe, die der neue Staat, nachdem er sie bereits energisch angepackt hat, mit allen erreichbaren Mitteln weiter durchführen muß, ist in dem einleitenden Aufsatz von allgemeinen und politischen Gesichtspunkten und vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft her betrachtet. In den nachfolgenden Aufsätzen und kurzen Berichten beschränken wir uns, dem engeren Arbeitsgebiet unserer Zeitschrift entsprechend, auf die Bauwirtschaft in allen ihren Zweigen, wobei wir Vertreter der großen Bauindustrie und Großunternehmern sowohl wie dem mittleren und kleineren Baugewerbe, den freischaffenden Architekten, den technischen Angestellten und nicht zuletzt der Bauwissenschaft das Wort geben, welch letztere wir in dem großen Kampfe um den Wiederaufbau weniger als je entbehren können. Wir lassen den Hochbau und lassen den Tiefbau zu Worte kommen, die beide in gleicher Weise herangezogen und gefördert werden müssen, allerdings nicht ihrer selbst willen und nicht, um ihren einzelnen Zweigen besondere Vorteile zu verschaffen, sondern weil der Standpunkt auch heute noch gilt, daß ohne eine Förderung der Bauwirtschaft auch ein Wiederaufbau der Gesamtwirtschaft nicht möglich ist, denn „Ein Volk, das nicht mehr baut, stirbt"!

Die Schriftleitung Dr.-Ing. F. Eiselen

DER LEBENSKAMPF DER DEUTSCHEN BAUSTOFF- UND MASCHINENINDUSTRIE

Regierungsbaurat Rudolf Stegemann, BDA, KDAI, Leipzig

Zwar ist in den letzten Jahren das deutsche Baugewerbe fast bis zum Überdruß als das Schlüsselgewerbe bezeichnet worden, das einen wesentlichen Teil der gesamten deutschen Wirtschaft in Gang setze, trotzdem aber sank die Arbeitsmöglichkeit dieser Wirtschaftsgruppe immer mehr ab, ja man kann sogar sagen, daß von den früheren Regierungen viele Möglichkeiten des Bauens unterdrückt wurden. Den ständig wechselnden Wohnungs- und Siedlungsprogrammen der Nachkriegszeit, mit denen zunächst die Bauwirtschaft gehoben wurde, folgte plötzlich die Parole, daß das Wohnungsbauprogramm abgedrosselt werden müßte, weil schon zuviel Wohnungen gebaut seien. Man übersah dabei, daß man nur an dem eigentlichen Wohnungsbedarf, der dem ständig sinkenden Arbeitseinkommen entsprach, vorbeigebaut hatte, daß man gebaut, aber nicht planmäßig gesiedelt hatte. Man übersah ferner den ständig um sich greifenden Verfall der Altwohnungen, für die ebenfalls Ersatz zu schaffen war.

Noch einschneidender für die Bauwirtschaft als die Drosselung des Wohnungsbaues war aber der Entschluß der früheren Reichsregierung, grundsätzlich den Bau aller staatlichen und kommunalen Gebäude zu untersagen. Damit schieden die tatsächlichen Großauftraggeber für die Bauwirtschaft aus.

Schließlich fielen als dritte Gruppe auch die Hauseigentümer aus, die durch die Steuergesetze, Mieterschutz usw. so in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt wurden, daß sie durch die an sich dringend notwendige Instandsetzung der Gebäude der Bauwirtschaft keine Aufträge mehr zuführen konnten.

Besonders auffallend ist ferner die Tatsache, daß man bei den Erörterungen über die Ankurbelung der Bauwirtschaft in den letzten Jahrzehnten völlig die Landwirtschaft übersah, die als Auftraggeber für die Bauwirtschaft stets eine sehr erhebliche Rolle gespielt hat.

Dazu kam dann noch die Einstellung der Bautätigkeit in der Industrie, bei der nach der Scheinblüte von 1928/29 der Zusammenbruch folgte.

Betrachtet man das Bauprogramm Deutschlands im ganzen, so ergibt sich folgende interessante Zusammenstellung für die Entwicklung von 1912—1932:

Wert der baugewerblichen Produktion, Schätzungen in Milliarden-Mark bezw. Reichsmark

Zeit	Wohnungsbau	Gewerblicher Bau	Öffentlicher Bau	Insgesamt
1912	2,20	1,50	2,30	6,0
1924	1,10	1,23	1,11	3,44
1928	3,20	2,99	2,72	8,91
1929	3,50	2,70	2,70	8,90
1932	0,60	0,60	0,90	2,10

Das Ergebnis dieser falschen Politik der letzten Jahre ist ein fast beispielloses Abgleiten des Beschäftigungsgrades dieser Wirtschaftsgruppe.

Die deutsche Ton- und Ziegelindustrie zum Beispiel, die eine Kapazität von 10 bis 13 Milliarden Steinen aufweist, konnte 1932 nur 3 Milliarden erzeugen. Ähnlich liegt es in der deutschen Zementindustrie, deren Kapazität heute kaum noch mit 30 v. H. ausgenützt ist, während sie 1928 bei einer Ausnutzung mit 80 v. H. noch einen Absatz von 7,5 Millionen Tonnen aufwies.

Erst das Jahr 1933 bringt mit der neuen Regierung einen gewissen Umschwung, eine Planmäßigkeit des Aufbaues und weitschauend ausgearbeitete Aufgaben, die auch die Bauwirtschaft wieder in den Arbeitsprozeß einzuschalten in der Lage sind. Das ist selbstverständlich nicht von heute auf morgen möglich, aber schon zeigen sich durchaus erfreuliche Ansätze. Es seien nur einige Zahlen herausgegriffen:

Die Beschäftigung in der Baustoffindustrie betrug im Juli 1932 in v. H. der Arbeiterplatzkapazität 22,8 v. H.; sie stieg im Oktober 1932 auf 23,9 v. H., um im Februar 1933 mit 13,9 v. H. ihren Tiefstand zu erreichen. Und dann stieg die Zahl dauernd an und hatte bereits im September 1933 die beachtliche Höhe von 36,5 v. H. wieder erreicht.

Ähnlich liegen die Verhältnisse hinsichtlich der geleisteten Arbeitsstunden, bei der die Zahl in v. H. der Arbeiterstundenkapazität im September 1932 22,7 v. H. betrug, während sie bis zum September 1933 auf 34,6 v. H. emporschnellte. Über diese Fragen wird noch an anderen Stellen näher berichtet.

Aus dieser Mehrbeschäftigung der Bauwirtschaft ergibt sich auch eine solche für die Baustoff-

industrie. In der Zementindustrie z. B. steigt im März 1933 der Versand von etwa 180 000 Tonnen auf über 300 000 Tonnen, um dann im Mai und September mit fast 390 000 Tonnen seinen Höhepunkt zu erreichen. Während er aber 1931 und 1932 vom August an rapide absinkt, hält sich der Versand des Deutschen Zementbundes 1933 bis in den November über der 300 000-Tonnen-Grenze; bestes Beispiel dafür, wie segensreich das konsequent durchgeführte Bauprogramm der Regierung sich auswirkt.

Unzweifelhaft hat die stärkste Belebung bei den Tiefbau- und Straßenbauarbeiten eingesetzt. Wenn auch das Autofernstraßenprojekt noch stark in der Entwicklung steht, und wenn auch vor allem die Straßendecken noch nicht im Bau sind, so hat doch vor allem die zementerzeugende und zementverarbeitende Industrie von August 1933 an durch Kanal- und Talsperrenbau sowie durch Brücken und Zugangsbauwerke eine ständig steigende Beschäftigung gefunden. Das gleiche gilt auch für die übrigen am Straßenbau beteiligten Gruppen der Teer- und Asphaltindustrie, für den Absatz von Pflastersteinen, Schotter und Splitt. Die eigentliche Auswirkung wird aber hier unzweifelhaft erst das Jahr 1934 bringen.

Bei dieser Gelegenheit muß ein Wort zur Frage der Baumaschinenindustrie gesagt werden. Bekanntlich ist die Reichsregierung zur Behebung der Arbeitslosigkeit bemüht, wo irgend möglich den Menschen in den Arbeitsvorgang einzuschalten. Irrig ist aber die Auffassung, daß sie die Maschinenarbeit als solche grundsätzlich verwerfe. Vielmehr soll nach Ansicht des tatkräftigen und sachkundigen Generalinspektors des Straßenwesens, Dr. Todt, die Maschine nur dort ausscheiden, wo es sich um untergeordnete Arbeiten handelt, die man ebensogut durch Menschenhand ausführen kann, und nur solange, als überflüssige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Beim Straßenbau sollen also alle Erdbewegungen heute im wesentlichen durch Arbeiter ausgeführt werden, nicht aber Arbeiten, die besondere Genauigkeit und Gleichmäßigkeit verlangen, wie das Herstellen des Mischgutes, ganz einerlei, ob es sich um Beton-, Asphalt- oder Teermischungen handelt. Hier geht die Notwendigkeit, ein wirklich einwandfreies Material im Interesse der Erhaltung des Straßenkörpers zu schaffen, vor und zwingt uns zur Verwendung der Maschine. Auch die Straßenwalze ist selbstverständlich im modernen Arbeitsvorgang ebensowenig zu entbehren, wie im allg. der Steinbrecher.

Es ist ferner in der Baumaschinenindustrie die Frage angeschnitten worden, ob man in nächster Zeit große oder kleine Maschinen brauchen wird. Meines Erachtens wird beides gleichmäßig nötig sein, je nach der Art des Bauabschnittes, der zur Bearbeitung kommt. Auf jeden Fall kann die Baumaschinenindustrie im Frühjahr 1934 ebenfalls mit einem gewissen Aufschwung rechnen, weil einerseits eine ganze Reihe großer Bauaufgaben vorliegen, andrerseits die Maschinenparks der großen Baugeschäfte dringend einer Auffrischung und Ergänzung bedürfen. Dies drückte auch Generalinspektor Dr. Todt auf der Herbstbaumesse 1933 in Leipzig recht klar dahin aus, daß die Bauunternehmer, die jetzt nicht mit modernem und brauchbarem Gerät antreten könnten und nicht dafür sorgten, daß ihr Maschinenpark auf der Höhe der Zeit stände, sich selbst bei den großen Bauarbeiten der nächsten Zeit ausschalten würden.

Auch die Förderung der Landwirtschaft, und hier vor allem des Silobaues, hat sich für die Zementindustrie unzweifelhaft günstig ausgewirkt.

Im Hochbau bedeuten die 500 Mill. RM Reichszuschüsse für Gebäudeinstandsetzungen, die tatsächlich einen ges. Bauaufwand von 2 Milliarden RM zur Folge haben, einen ungeheuren Auftrieb. Vor allem die Dachsteinindustrie war so gut beschäftigt, daß sich hier schon teilweise ein Mangel an Material bemerkbar machte. Auch die mit dem Baunebengewerbe, nämlich den Malern, Tapezierern, Ofensetzern usw. zusammenhängenden Baustoffgruppen, wie Farbwerke, Tapetenfabriken, Linoleumwerke usw. fanden gesteigerten Absatz, während die Mauersteinindustrie und vor allem die Klinkerindustrie aus naheliegenden Gründen nicht so günstig abschnitt. Die verhältnismäßig noch zu geringfügigen Siedlungsaufgaben reichten nicht aus, um dieser Gruppe einen wirklich wesentlichen Auftrieb zu geben. Immerhin zeigten die Hohlziegel- und Großformatziegelwerke, die vor allem im Siedlungsbau ein stetig wachsendes Absatzgebiet finden, selbst unter diesen ungünstigen Verhältnissen Fortschritte im Umsatz.

Die starke Förderung, die die Landwirtschaft seitens der Hitler-Regierung erfährt, brachte auch im Hochbau diesen Auftraggeber wieder auf den Plan.

Sicher haben wir auch auf dem Wege über die Steuergesetzgebung mit einem weiteren Antrieb zu rechnen. Ich verweise hierzu nur auf die Bestimmung, daß Steuerrückstände gewissermaßen in Erneuerungs- und Instandsetzungsarbeiten umgewandelt werden können.

Der Wohnungsbau selbst hat auch gegenüber dem Vorjahre eine gewisse Steigerung erfahren. Auch hierüber wird an anderer Stelle näher berichtet.

Ein Punkt darf bei alledem nicht übersehen werden, das ist die Frage der Preisbildung. Der Reichsarbeitsminister hat eindeutig erst kürzlich wieder betont, daß er jede Preissteigerung unterbinden wird. So richtig diese Einstellung ist, so darf doch nicht ganz übersehen werden, daß die Preise der Baustoffindustrie z. T. Kampfpreise waren, hervorgegangen aus dem verzweifelten Ringen um den Absatz; Preise, die durchaus nicht allenthalben mit den Erstellungskosten in Einklang standen. Wenn die Zementindustrie im Frühjahr dieses Jahres eine gewisse Steigerung vornahm, so bedeutete dies tatsächlich weiter nichts als eine notwendige Korrektur der eben erwähnten Kampfpreise. Es kann unzweifelhaft zu Ehren unserer Baustoffindustrie festgestellt werden, daß auch sie sich hier restlos hinter den Führer stellte. Auch hier mögen einige Beispiele genügen:

Hintermauerungssteine kosteten in Berlin ab Werk Oktober 1932 22,75, Oktober 1933 24 RM; in Frankfurt a. M. 22 bzw. 24 RM; in München 24 bzw. 24 RM; erheblicher ist die Steigerung lediglich in Leipzig von 24 auf 32 RM frei Baustelle, während es in Stuttgart und Nürnberg möglich war, die Preise frei Baustelle von 39 auf 36 RM bzw. ab Werk von 29 auf 25 RM zu senken.

Die Preise für Stückenkalk weisen nur ganz geringe Schwankungen auf, während das Holz eine Steigerung erfuhr, die die preuß. Landesforstverwaltung mit 15 bis 20 v. H. als angemessen bezeichnete, die aber teilweise bis 40 v. H. betrug.

Auf die Baustoffpreise insgesamt gesehen hat der Bauindex von Oktober 1932 bis November 1933 nur geringe Schwankungen von 103 bis 105,6 durchgemacht, so daß unzweifelhaft ganz allgemein von einer Preiserhöhung nicht die Rede sein kann.

Was soll nun das Jahr 1934 der Bauwirtschaft bringen? Ich glaube, das Vorgesagte umreißt die Notwendigkeiten von selbst. Wir brauchen in der Bauwirtschaft ein klares Programm und eine Stetigkeit in der Durchführung. Hinsichtlich des Straßenbaues liegt dieses Programm bereits vor; vielleicht nicht zuletzt

deshalb, weil der Kanzler hier bereits einen Mann gefunden hat, der mit verblüffender Einfachheit und Zielbewußtheit an die Aufgabe heranging. Im Hochbau dürfte noch vieles anders werden müssen. Das Wohnungs- und Siedlungsprogramm verlangt genau wie der Straßenbau einen führenden Gedanken und ein großangelegtes, auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte hinaus gesehenes Programm. Dem darniederliegenden Hausbesitz wird man im Interesse der deutschen Bauwirtschaft ebenso seine Aufmerksamkeit zuwenden müssen, wie es bei der Landwirtschaft der Fall ist. Es schlummern hier Kräfte, die bei einer Verbesserung der Steuergesetzgebung frei werden und der Wirtschaft dienen können. Vor allem aber müssen die Länder und die Städte sich wieder als Auftraggeber einschalten. Die Möglichkeit dazu liegt nicht nur in der Notwendigkeit der Instandhaltung und Ausbesserung der vorhandenen Gebäude, sondern auch in den großen Bauaufgaben, die sich unzweifelhaft durch die Veränderung unserer Lebensauffassung ergeben.

STIMMEN AUS DER BAUWIRTSCHAFT

Not der Wissenschaft — Not des Volkes

Professor Dr. Georg Garbotz, Techn. Hochschule Berlin

Die Not der verflossenen Jahre, die den Einzelnen zu stärkster Einschränkung seiner Bedürfnisse zwang, hat auch den Staat einen Weg beschreiten lassen, bei dem man in dem negativen Mittel des Zurückschraubens der Leistungen das alleinige Heilmittel für den wirtschaftskranken Volkskörper erblickte.

So lag es nahe, die Ausgaben für die technisch-wissenschaftliche Forschung zu drosseln in einer Zeit, wo der Staat oft nicht in der Lage war, die nackte Existenz seiner Bürger zu schützen, sie vor Hunger und Kälte zu bewahren. Man war auch gewohnt, die Errungenschaften der Technik als etwas Selbstverständliches hinzunehmen, und vergaß nur zu oft, daß sie vielfach erst die Frucht jahrzehntelanger mühevoller Vorarbeiten waren, daß ihre Ergebnisse nur selten kurzfristig in Erscheinung traten.

In Industrie und Hochschulen, bei den wissenschaftlichen Verbänden und Notgemeinschaften schrumpften so die Mittel auf 30 v. H. und weniger des Normalen zusammen. Notwendige Vergrößerungen der Laboratorien konnten nicht vorgenommen oder, wie bei dem Bauingenieurlaboratorium der Technischen Hochschule Berlin, sie blieben jahrelang im Rohbau liegen, weil die Mittel zum Innenausbau und zur Einrichtung fehlten! Der junge Nachwuchs wurde der wissenschaftlichen Arbeit entwöhnt, weil Plätze und Material fehlten.

Und doch ist die Zahl der Aufgaben ungeheuer. Wenn Deutschland bestehen will im Wettkampf der Völker, muß es alle technisch-wissenschaftlichen Mittel einsetzen, um sein wirtschaftliches Rüstzeug stark zu halten. Angesichts des Markteinbruches der billiger arbeitenden Völker des Ostens, der nationalen Industrien neu geschaffener Staaten kann nur die Qualität uns helfen. Um sie zu steigern, müssen wir in zäher Arbeit alle Möglichkeiten wissenschaftlicher Forschung anwenden. Was hat Deutschland allein auf wehrtechnischem Gebiet nachzuholen! Nur wer sein Schwert scharf halten kann, wird den Platz an der Sonne behaupten.

Wie unendlich viel ist allein auf dem Gebiete der Baustoffe, der Baukonstruktionen und des Baubetriebes noch zu leisten! Man denke nur daran, wie primitiv hier noch Manches gegenüber der fortgeschrittenen Maschinenindustrie anmutet! Wie bescheiden sind bisher die Forschungsarbeiten etwa auf dem Gebiete der Durchbildung der Baumaschinen, welche neuen Aufgaben stellen allein Luftschutz und Reichsautobahnen an die technisch-wissenschaftliche Forschung! Schon die hohen Geschwindigkeiten müssen ganz neue Probleme zur Folge haben.

Die Rohstoffversorgung der Industrie, für Ernährung und Kleidung stellt den Forscher vor lebenswichtige Fragen von fundamentaler Bedeutung. Was kann geschehen, um die deutsche Volkswirtschaft weitgehend unabhängig von dem Ausland zu machen, das uns selbst nichts abnimmt? Müssen in Deutschland für 1,5 Milliarden landwirtschaftliche Produkte jährlich in der Zeit der Ernte verderben, weil sie nicht richtig aufbewahrt oder konserviert werden können? Wie läßt sich der unermeßliche Fischreichtum der deutschen Meere durch die Verlängerung der Haltbarkeit für die breitesten Schichten der Bevölkerung nutzbar machen, wie können all die Abfallprodukte der Schlachthausbetriebe für landwirtschaftliche Zwecke verarbeitet werden?

Die Aufgaben sind zahllos, ihre Lösung dringend, die maßgebenden Führer des neuen Reiches wissen, daß eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit allein dem deutschen Volk Brot geben kann. Kein Kapital ist verloren, das, wenn auch vielleicht erst in fernerer Zeit, dem deutschen Volk neue Hilfsquellen und Möglichkeiten erschließt. Sache der „Reichskammer der Technik" als der berufenen Hüterin technischen Fortschrittes wird es sein müssen, alle technisch-wissenschaftlichen Kräfte, alle finanziellen Mittel für die Aufgaben des neuen Staates und damit zur Hebung der Not des Volkes einzusetzen.

Arbeitsbeschaffung der Architekten

Arch. BDA Dipl.-Ing. Carl Ch. Lörcher, Berlin

Im „Versorgungsstaat" meldete man seine Ansprüche an. In der liberalistischen Wirtschaft, beim sogenannten „freien Spiel der Kräfte" vertrat man seine Interessen, in welcher Vertretung dann auch immer der Stärkere siegte — auf welchem Wege war dabei einerlei, jedenfalls ohne Rücksicht auf die Belange der Anderen.

Bei uns Nationalsozialisten ist die Ableitung eine andere. Interesse ist das Wohl Aller, der Gesamtheit, des Volkes; damit wird auch die Reihenfolge und die Dringlichkeit eingeordnet in die Zielsetzung. Das Spiel der Kräfte steht im Dienste des Gesamtinteresses.

Da nun Alle sich dem einen großen Ziel, der Richtung und Reihenfolge eingliedern sollen und müssen, ist es nötig, daß jeder Einzelne wie auch jeder Beruf sich über dieses Neue klar wird und nun nicht mehr einfach mit Ansprüchen auftritt, sondern diese Ansprüche, dem Gesamtziel eingeordnet, dem Gesamtziel dienend, beweist. Erst damit wird aus Ansprüchen Dienstbereitschaft. Dies ist etwas ganz anderes als das vielfach mit Pathos betriebene sogenannte „Sich-zur-Verfügung-stellen"; aber nun wiederum anders als ehemals, mit voller Verantwortung für das Ganze, weil anders gar keine Möglichkeit des Erfolges mehr besteht. Wer Arbeit haben und mitarbeiten will, muß diese Arbeit, die er leisten will, da aufzeigen, wo sie gebraucht wird, also mithelfen wollen da, wo die Mitarbeit sinnvoll im ganzen richtig ist. Für uns Bauleute: Bauten, um zu bauen, damit wir Arbeit haben, wäre nicht sinnvoll. Einen Stapel Steine von einem Ort an einen anderen bewegen und dann wieder zurück zum alten Ort, ist zwar Arbeit; sie ist aber nicht sinnvoll. Unsere Erzeugnisse, Bauten, sind letzten Endes Mittel zu einem realen Zweck und Ziel, abgesehen von Bauten

höherer Ordnung, die jedoch auch wieder einem höheren Zweck dienen, einem übergeordneten Ziel.

Ich glaube daher, folgende Fragen stellen zu müssen: Wohin marschieren wir als Volk, zu welchem Ziel? Was ist die nächstwichtige Aufgabe zu diesem Ziel?

a) bevölkerungspolitisch, b) wirtschaftlich, c) mit welchen Mitteln, d) zu welchen letzten Zielen.

Zur Nahrungssicherheit und zur Erhaltung unseres Volkes, Erhaltung des Volkes auch als lebendigen Organismus, in die Zukunft gesehen, und das auch in geistig-seelischer Hinsicht, zur geistigen Erneuerung. („Was hülfe es dem Menschen, so er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele?!")

Zum sozialen Frieden, damit nicht einer des andern Feind sei. („Friede ernährt, Unfriede verzehrt.") Zur Erneuerung eines alternden Volkes, dessen Geburtenziffern erhebliche Bedenken wachrufen müssen und dessen Erneuerungsbasis bereits zu schmal geworden ist, das den Willen zum Boden, als Quell aller Erneuerung, erst wiederfinden muß.

Zur Behebung der Arbeitslosigkeit, der Existenzlosigkeit und damit der Hoffnungslosigkeit von Millionen Volksgenossen.

Zur Sicherung unseres noch verbliebenen deutschen Bodens vor Überflutung durch herandrängende Fremde.

Zur restlosen Nützung unseres Raumes im Herzen Europas, um darin jedem das Recht auf Arbeit und Brot wiederzugeben.

Wer in einer geordneten Wirtschaft etwas herstellen will, um damit sein Brot zu verdienen, muß das machen, was gebraucht wird, in der Art, wie es gebraucht wird, und es dort hinbringen, wo es gebraucht wird. Wohnungen und Wirtschaftsgebäude baut man demnach auch dort, wo sie gebraucht werden, und gebraucht werden sie dort, wo Arbeit ist. (Wenigstens in einer geordneten Wirtschaft.)

Eine Wohnung dient neben dem Wohnen auch der Familie und ihrer Erhaltung, der Lebensgemeinschaft „Familie", als Zelle der Volkserhaltung. Der Begriff „Familie" schließt das Ziel Vermehrung, also Volkserhaltung, mit ein, wenigstens in gesunden Verhältnissen. Darin ist z. B. das Wie der Wohnungsgestaltung zu einem höheren Ziele mitbegründet.

Es ist nutzlos, Mietspaläste in den Städten bauen zu wollen, mit allen technischen Feinheiten, wenn in den Städten keine Existenz für diese doch eigentlich armen Inwohner in schöner Hülle gegeben ist, abgesehen von der Fehlleitung der aufgewandten Mittel.

Es ist auch nutzlos (aufs Ganze gesehen), Stadtrandsiedlungen bauen zu wollen, dort, wo für diese Menschen keine Arbeit ist und das Stückchen Land das graue Elend der Arbeitslosigkeit nur mühsam überdecken kann.

Nur die Existenzstelle kann Sinn haben; ob so oder so, das ist so vielgestaltig, daß es heute gar nicht mehr nötig ist, auch nur eine der vielfach möglichen Abwandlungen aufzuzählen. Eine Aufzählung dieser Möglichkeiten und Einzelheiten ist auch darum nicht nötig, weil darin bereits der Glaube an eine bestimmte Zukunft, die Weltanschauung und die geistige Haltung des Einzelnen Ausdruck findet.

Wer die Überschrift dieser Ausführungen liest, wird, je nachdem, ein Rezept für Arbeitsbeschaffung erwarten; das ist indes nicht der Sinn. Es müßten außerdem sehr viele Rezepte sein. Wer jedoch auf einer anderen Ebene überlegen will, kann und wird die Erwägungen selbst ins Detail weiterführen und je nach seinem Glauben den Ansatz selbst finden.

Es wird bestimmt kein Ernster behaupten, daß wir nur eines tun dürften und das andere lassen müßten. Wir sollen das eine tun und das andere nicht lassen; allerdings muß in der Reihenfolge der Dringlichkeit eine übergeordnete Führung verantwortlich bestimmen. Insofern ist eine Planung — Planung soviel wie Vorausdenken und Ordnen — notwendig, möge das Planwirtschaft genannt werden oder nicht; Ordnung muß sein, in der Reihenfolge der Ziele wie in der Reihenfolge der Mittel zu ihrer Erreichung. In diese Ordnung und neue Zielsetzung müssen wir Architekten uns einfügen, wenn wir unsere Brauchbarkeit und unsere Nützlichkeit zur Formung des Neuen erweisen wollen, und davon wird es abhängig sein, welche Vielzahl von Arbeitsgebieten wir für unsere Mitarbeit gewinnen und ob wir Träger einer neuen Baukultur auf allen Gebieten baulichen Gestaltens werden dürfen und können.

Arbeitsbeschaffung und technischer Stellenmarkt

Paatsch, Deutscher Techniker-Verband, Abt. für Statistik

Kam es bisher bei der im Frühjahr und Sommer von der Reichsregierung durchgeführten Arbeitsbeschaffung vor allem darauf an, die saisonmäßige Entlastung des Arbeitsmarktes weitgehend zu unterstützen und die private Unternehmerinitiative zu fördern, um dadurch überhaupt erst einmal die Periode der Wirtschaftsstagnation zu überbrücken, so hat die Arbeitsbeschaffung gegenwärtig angesichts der in den Wintermonaten regelmäßig eintretenden Belastung des Arbeitsmarktes die Aufgabe, das Erreichte zu halten.

Wie groß der Druck des Winters ist, sei durch die Tatsache illustriert, daß allein im Baugewerbe im Durchschnitt der letzten beiden hinter uns liegenden Jahre die Arbeitslosigkeit von ihrem Tiefpunkt im Sommer bis zu ihrem Höchstpunkt im Winter rein saisonmäßig um 229 000 gestiegen ist. In der Landwirtschaft, der Metallindustrie und anderen Wirtschaftszweigen ist diese Entwicklung ähnlich, im Baugewerbe aus naheliegenden Gründen zahlenmäßig aber am stärksten.

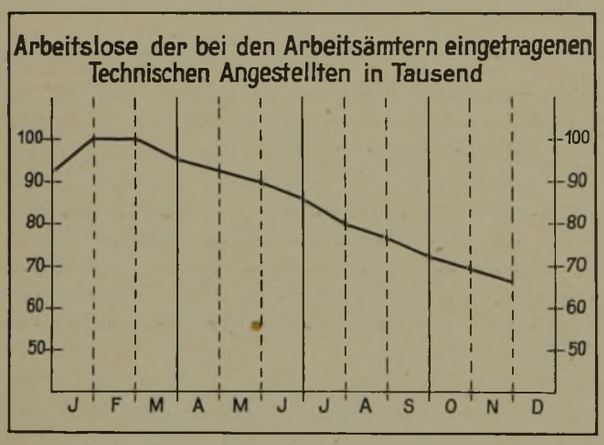
Die Reichsregierung hat selbstverständlich dem Rechnung getragen. Von den Kapitalbeträgen, die seit Anfang 1933 für die Arbeitsbeschaffung vorgesehen sind, stehen im ganzen noch rund 2 Milliarden RM, von den schon bewilligten Beträgen noch etwa 1,4 Milliarden RM für die Verwendung im laufenden Winter zur Verfügung. Dabei sind die Reichsautobahnen nicht berücksichtigt.

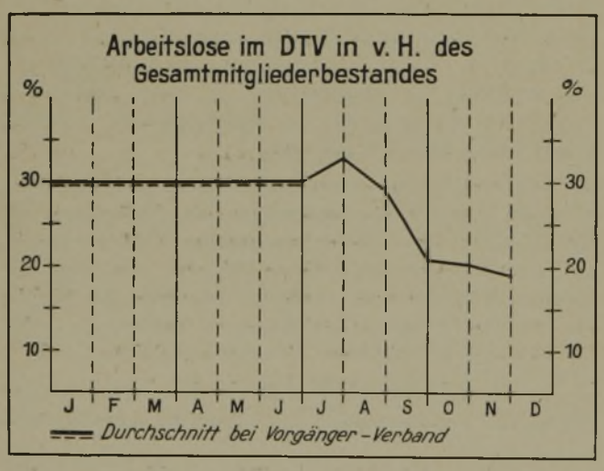
Im ganzen sind seit Mitte 1933 für den Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit folg. Beträge bereitgestellt:

1. Auf Grund des 1. Gesetzes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (1. 6. 1933):	
Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an öffentlichen Gebäuden	200 Mill. RM
Hausinstandsetzungs- und Wohnungsteilung	100 „ RM
Vorstädt. Kleinsiedlung, davon 20 Mill. RM zur Förderung des Eigenheimbaues, insgesamt	100 „ RM
Neubildung des Bauerntums	50 „ RM
Tiefbauarbeiten	150 „ RM
Meliorationen, Versorgungsanlagen u. Sachleistungen	325 „ RM
Verschiedenes	75 „ RM
2. Auf Grund des Reichsautobahngesetzes (27. 6. 1933):	
Bau der Reichsautobahnen	1400—2000 Mill. RM
3. Auf Grund des 2. Gesetzes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (vom September 1933):	
Gebäudeinstandsetzung und Umbauten	500 „ RM
zus.	2900—3500 Mill. RM

Die Summen der Beträge werden aber tatsächlich viel größer sein als die zur Verfügung gestellten Beschaffungsmittel. Denn ein Teil der vom Reich ausgeworfenen Beträge, besonders die für Hausinstandsetzungs- und Umbauten vorgesehenen, werden nur als Zuschüsse gegeben. So würde die Verausgabung der hierfür bereitgestellten 700 Mill. RM einer Gesamtauftragssumme von etwa 2¾ Milliarden entsprechen. Gelingt es dem Hausbesitz, die notwendigen eigenen oder zu kreditierenden Mittel aufzubringen, so würden allein mit den 500 Mill. RM Zuschüssen des Septemberprogramms die Beschäftigung von schätzungsweise 1 bis 1,2 Millionen Menschen gewährleistet werden können. Dem gleichen Ziel dient die unter Führung des Reichsstandes des Deutschen Handwerks kürzlich ins Leben gerufene „Treubau", Akt.-Ges. für Baufinanzierungen, die insbesondere Baudarlehen und Hypotheken vermitteln soll — unter gleichzeitiger Kontrolle der sachgemäßen Verwendung dieser Mittel.

Welche Wirkung haben nun die bisher zur Durchführung gekommenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf den Stellenmarkt für Techniker gehabt? Das ist eine





Frage, die uns als „Deutscher Techniker-Verband" ganz besonders am Herzen liegt. Zunächst ist allgemein zu sagen, daß die Arbeitslosigkeit unter den technischen Angestellten — wir fassen diesen Begriff ziemlich weit und verstehen darunter neben Ingenieuren, Architekten, Chemikern usw. beispielsweise auch die Zahntechniker und Dentisten — seit dem Höchststande in diesem Jahre (Februar) ständig zurückgegangen ist. Im Februar 1933 waren noch 100 815 erwerbslose Techniker bei den Arbeitsämtern eingetragen, am 31. November 1933 nur noch 67 183. Zwar hat die Besserung bei den technischen Angestellten aus Gründen, die im Wesen des Angestelltenberufes liegen, nicht mit der Abnahme der arbeitsuchenden Arbeiter Schritt gehalten, doch ist die Abnahme der Arbeitslosenzahl in dieser Zeitspanne um 33,4 v. H. ein Erfolg, der nur im Rahmen eines großangelegten Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit möglich war.

Zur Veranschaulichung verweisen wir auf die graphischen Darstellungen. Bei dem Schaubild „Arbeitslose im DTV in v. H. des Gesamtmitgliederbestandes" fällt auf, daß die Kurve im Gegensatz zu der allgemeinen Tendenz der Arbeitslosenkurve bei den Arbeitsämtern noch Ende Juli dieses Jahres den Höchststand zeigt. Dies erklärt sich daraus, daß gleich nach Gründung der „Deutschen Arbeitsfront" die erwerbslosen Berufskameraden in weit stärkerem Maße als die in Stellung befindlichen dem Rufe auf Eingliederung nachkamen.

Zur Erläuterung der Entwicklung in den letzten Monaten sei bemerkt, daß in erster Linie Reichsbahn, Reichspost, Land- und Kommunalbehörden Einstellungen von technischen Angestellten vornahmen. Unter den verschiedenen technischen Berufsgruppen verzeichnet insbesondere die Gruppe der Bautechniker eine beachtliche Besserung. So wurden, um nur eines zu erwähnen, für die Durchführung des ostpreußischen Arbeitsbeschaffungsprogrammes Tiefbau- und Kulturbautechniker teilweise aus den übrigen Reichsgebieten herangezogen. Bei der Beurteilung der Ergebnisse ist allerdings zu berücksichtigen, daß noch häufig technische Angestellte nur in Arbeiterstellungen innerhalb ihres Faches untergebracht werden konnten. Das hat einmal seinen Grund darin, daß in der Wirtschaft noch nicht genügend Arbeitsplätze für Techniker zur Verfügung stehen, und zum andern auch, daß die schon längere Zeit erwerbslosen Berufskameraden für die zu besetzenden Stellungen nicht immer die notwendige praktische Eignung mitbringen. Um diesem Übelstande abzuhelfen, hat der DTV die an vielen Orten des Reiches von ihm bereits getroffenen Maßnahmen zur Schulung und Bildung seiner Mitglieder planvoll weitergeführt. So hat u. a. die Ortsgruppe Hamburg-Altona des DTV neben Arbeitsgemeinschaften für Schiffbau, Schiffsmaschinenbau, allgemeinen Maschinenbau, Elektrotechnik auch eine solche für das Baugewerbe eingerichtet. Dieser Gedanke hat solchen Anklang gefunden, daß bereits einige Tage nach Bekanntwerden dieser Absicht rund 300 Anmeldungen vorlagen. Weitere Fortbildungskurse für Stellenlose werden im Januar eingerichtet. Ihr angestrebtes Ziel ist: Erhaltung und Steigerung der fachlichen Kenntnisse und Eignung, um die stellenlosen Berufskameraden leichter in den Wirtschaftprozeß wieder einschalten zu können.

Das ist auf der ganzen Linie ein verheißungsvoller Anfang. Die planvolle und energische Durchführung der Arbeitsbeschaffung gibt uns die Gewähr, daß das gesteckte Ziel auch in den noch kommenden Wintermonaten voll erreicht und den Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich begegnen wird.

Das Tiefbaugewerbe

Dr.-Ing. E.h. Adolf Mast, Berlin

Einen annähernden Aufschluß über die Lage des Tiefbaugewerbes am Ende des Jahres 1933 geben vielleicht die an die Tiefbau-Berufsgenossenschaft gemeldeten Lohnsummen, obwohl dabei die Einschränkung zu machen ist, daß ein erheblicher Teil von Baufirmen, die zugleich Tiefbau- und Hochbauarbeiten ausführen (sog. Mischbetriebe), der Tiefbau-Berufsgenossenschaft nicht angehören und somit ihre Lohnsummen bei den anderen Baugewerks-Berufsgenossenschaften versteuern. — Für das Jahr 1932 war die Lohnsumme der Tiefbau-Berufsgenossenschaft, die sich über ganz Deutschland erstreckt, auf dem außer-

ordentlich niedrigen Stand von rd. 110 Millionen RM angekommen. Im ersten Halbjahr 1933 war eine merkliche Besserung noch nicht festzustellen, da die Auswirkungen der verschiedenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der „öffentlichen Hand" sich noch nicht so bemerkbar machten, als es sowohl von dieser selbst und auch von den Unternehmern und der mit ihnen aufs engste verbundenen Arbeiterschaft gewünscht wurde. Jedes Arbeitsbeschaffungsprojekt bedarf eben von dem Augenblick seines Beschlusses durch die höchsten Reichs- oder Landesbehörden bis zur unmittelbaren Auswirkung auf den Arbeitsmarkt einer gewissen, manchmal sehr langen Anlaufzeit. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, wird die Lohnsumme der Tiefbau-Berufsgenossenschaft am Ende 1933 zwischen 175 bis 200 Millionen RM betragen, also immerhin eine Steigerung von etwa 70 bis 80 v. H., wobei allerdings zu beachten ist, daß der im zweiten Drittel des Dezember einsetzende frühe und heftige Frost diese Zahl noch erheblich herabdrücken konnte.

Wie sieht nun aber das Tiefbaugewerbe die Aussichten für 1934 an? Ich glaube, man kann hier antworten: „Das Tiefbaugewerbe sieht mit einer gewissen berechtigten Zuversicht in die Zukunft." So groß allerdings, wie manche leicht entflammte und von Sachkenntnis nicht beschwerte Gemüter die Aussichten im Tiefbaugewerbe halten, sind sie nicht annähernd; dazu ist das Tiefbaugewerbe schon seit Jahren viel zu sehr übersetzt und die zu erzielenden Preise zu gering, sie decken kaum die Selbstkosten, und man kann das Preisniveau im Tiefbaugewerbe auch heute noch als ungewöhnlich niedrig und auf die Dauer untragbar bezeichnen.

Neben den großen Arbeiten, die seitens des Verkehrsministeriums für den Mittellandkanal und sonstige Wasserregulierungsarbeiten vergeben worden sind, wird voraussichtlich das großzügige Straßenbauprogramm der Regierung noch eine weitere Belebung bringen. Aber es sind auch schon viele Arbeiten in anderen Zweigen der öffentlichen Arbeitsbeschaffung wieder zu Ende, so daß die erwünschte fortschreitende Zunahme an einzustellenden Arbeitern dadurch etwas verzögert wird. Bis zu dem Zeitpunkt, in dem die deutsche Industrie wieder als größerer Auftraggeber für das Tiefbaugewerbe in Erscheinung treten wird, bedarf es daher einer stetigen Beobachtung des Volumens der vorhandenen öffentlichen Aufträge und eventuell einer Ergänzung dieser Arbeitsbeschaffung durch die zuständigen Stellen.

Ein entscheidender Fortschritt ist jedenfalls im Laufe des Jahres 1933 eingetreten, und das ist der, daß endlich nach dem jahrelangen Laufenlassen und dem stetigen Abgleiten des Auftragvolumens nun der Arbeitslosigkeit mit der allererfreulichsten Energie seitens unserer Regierung zuleibe gegangen wird. Man stolpert nicht mehr so über Zwirnsfäden, die man erst selbst sorgsam durch allerlei bürokratische Bestimmungen gesponnen hat. Man ist auch nicht mehr so überängstlich, und die Bewilligung von 100 Millionen RM für Straßenbauten wird nicht mehr als eine Gefährdung der Währung angesehen, wie dies noch vor etwa 1½ bis 2 Jahren dem Verfasser dieser Zeilen auf seine dringenden Vorstellungen um Herausgabe von öffentlichen Bauaufträgen von maßgebendster Stelle entgegengehalten wurde. Erfreulich ist auch die Stellungnahme der Regierung gegen jede Regiearbeit der öffentlichen Hand, und mein Wunsch geht dahin, daß dieser wirtschaftliche Unfug der Regiearbeiten, der in den vergangenen Jahren einen kaum noch erträglichen Umfang angenommen hatte, mit Stumpf und Stiel auch im letzten Winkel, wo er sich noch zu halten sucht, ausgerottet wird.

Da heute der Mensch und sein Recht auf Arbeit endlich im Vordergrund steht, hat auch das Tiefbaugewerbe, das wie kein anderes Gewerbe viele — auch ungelernte — Arbeiter beschäftigen kann, die begründete und berechtigte Hoffnung, daß die Arbeiten, die bereits ausgeschrieben und noch weiter vergeben werden sollen, die Wirkung haben werden, bis zum Beginn der echten Konjunktur einem erheblichen Teil der Volksgenossen Brot und Beschäftigung zu geben. Wenn dann die hoffentlich bis dahin aufblühende deutsche Industrie einen Teil der jetzt nur der öffentlichen Hand zufallenden Aufgaben der Arbeitsbeschaffung übernehmen kann und damit ein volkswirtschaftlich erwünschter Zustand der Erteilung von Aufträgen auch seitens der Privatwirtschaft eintritt, dann hat die jetzige Methode der Arbeitsbeschaffung das gewünschte Ziel erreicht. Es geht jedenfalls vorwärts, und in diesem Sinne: „Glückauf im neuen Jahr!"

Der Straßenbau

Dr.-Ing. Dr. rer. pol. B. Rentsch, Berlin

Die Planungsarbeiten für das gewaltige Autobahnprojekt schreiten rasch voran und rund 1000 km sind Anfang 1934 bereits im Bau. Die dadurch bewirkte, beachtliche Belebung der Bauwirtschaft kommt zunächst weniger den eigentlichen „neuzeitlichen" Straßenbaufirmen und dem Steinsetz- und Pflasterergewerbe zugute, als dem Tief- und Betonbau, da es sich ja zunächst um Erdbewegungen und Kunstbauten handelt. Von 1935 ab werden dann auch die Straßenbaufirmen Betätigung beim weiteren Ausbau finden.

Inzwischen gilt es, diesem Zweige der Bauwirtschaft gleichfalls Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen, denn er hat in den Jahren der Depression wie kaum ein anderer unter dem Mangel an Aufträgen gelitten. Die Bereitstellung von Mitteln für das bestehende Straßennetz und die Wiederaufnahme der Erneuerungs- und Instandsetzungsarbeiten an den städt. Straßen ist ausschlaggebend für die Gesundung und weitere Entwicklung des Straßenbaugewerbes.

Mit der Schaffung eines Reichswegegesetzes wird auch eine ordnungsgemäße Finanzierung der deutschen Landstraßen erfolgen, für die bisher nur die völlig unzureichenden Erträgnisse der Kraftfahrzeugsteuer zur Verfügung standen. Der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen ist nach dieser Richtung unablässig bemüht, um den Aus- und Umbau der Landstraßen, die als Zubringer für die Autobahnen von gesteigerter Bedeutung sein werden, von unregelmäßigen und bei den Unterhaltungspflichtigen wenig beliebten Arbeitsbeschaffungsdarlehen unabhängig zu machen. Bei dem außerordentlichen Machtbereich des Generalinspektors ist an einem entsprechenden Erfolg nicht zu zweifeln.

Das Straßenbaugewerbe kann aber trotz alledem nicht damit rechnen, daß es eine seiner Leistungsfähigkeit einigermaßen angepaßte Betätigung findet, weil entgegen der Gepflogenheit in den Jahren 1926 bis 1929 nicht mehr die mittelschwere oder sogar schwere Straßendecke überwiegend zur Ausführung gelangen wird, sondern eine dem zu erwartenden Verkehr entsprechende leichte bis äußerstenfalls mittelschwere Fahrbahnbefestigung, wenn auch die sogen. Oberflächenbehandlung als reiner Notbehelf — sofern es sich nicht um eine Vervollkommnungsmaßnahme (Porenschluß) handelt — ihre in den letzten Jahren überragende Stellung verlieren wird. Leichte Fahrbahnbelege bedürfen aber für ihre kunstgerechte Ausführung keiner großen Erfahrung und auch hier keiner besonderen Geräteausstattung, so daß sich nicht selten fachunkundige

Firmen mit diesen Arbeiten befassen. Eine Abriegelung der „Fachschaft Straßenbau" ist aus diesem Grunde nicht zu entbehren und wird auch vom Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen als notwendig und zweckmäßig bezeichnet. Eine solche Abgrenzung von „fachkundig" und „fachunkundig" vollzieht sich allerdings am besten, wenn das Spezialwissen und -können an geeignete Aufgaben verwiesen werden muß, wie sie bei den Autobahnen und im Stadtstraßenbau erwachsen.

Während die Befestigung der Autobahnen voraussichtlich erst von 1935 ab — und selbst dann nur in verhältnismäßig bescheidenem Umfange — in Frage kommt, ist das Problem der Erneuerung, Instandsetzung und Erweiterung des städt. Straßennetzes bereits heute brennend. Da es sich ferner überwiegend um beste Befestigungsmethoden, also um schwere und schwerste Straßendecken handelt, findet das Straßenbaugewerbe auf diesem Gebiete genügend Arbeitsmöglichkeiten, wenn erst — und das ist mit die dringlichste Forderung des Straßenbaugewerbes — die deutschen Gemeinden wieder in die Lage versetzt sein werden, ihren Verpflichtungen hinsichtlich der ihnen erwachsenden Bauaufgaben gerecht zu werden.

Von 1927 bis 1929 sind schätzungsweise 250 Mill. RM von den deutschen Gemeinden allein für städt. Straßen aufgewendet worden. Ob 1932 und selbst 1933 unter Einbeziehung der Darlehen aus den Arbeitsbeschaffungsprogrammen mehr als insgesamt 60 bis 70 Mill. RM ausgeworfen wurden, erscheint zweifelhaft.

Das Umschuldungsgesetz bringt die deutschen Gemeinden einen Schritt vorwärts. Es wäre im Interesse der Bauwirtschaft im allgemeinen und des Straßenbaugewerbes im besonderen zu hoffen und zu wünschen, daß die Verkrampfung der kommunalen Finanzen baldigst eine gedeihliche Lösung finden möchte.

Das Baugewerbe

Dr.-Ing. E. h. Knüttel, Berlin

Die von der Reichsregierung zur Verfügung gestellten 500 Millionen RM zur Erneuerung, Teilung und zum Umbau von Wohnungen haben den Baunebengewerben und den kleinen und mittleren Baufirmen in der zweiten Hälfte des Jahres 1933 erhebliche Beschäftigung gebracht. Besonders sind hieran die Töpfer, Gerüstbauer, Maler und Tapezierer beteiligt, die zum Teil voll beschäftigt sind. Für den Hochbau selbst hat das Arbeitsbeschaffungsprogramm bisher weniger Arbeit gebracht, da von der „Offa" bei ihren Finanzierungen die Hochbauten ausgeschlossen sind. Eine gewisse Erleichterung bedeutet hier die Hergabe von Reichsbürgschaften für II. Hypotheken. Da jedoch diese Bürgschaften mit 70 bis 75 v. H. des Bau- und Grundstückswertes auslaufen, hat der Eigentümer 25 bis 30 v. H. Eigengeld aufzubringen.

Dies ist bei einem Etagen-Wohnungsbau in den meisten Fällen unmöglich, aus diesem Grunde konzentriert sich die Hochbautätigkeit zur Zeit sehr stark auf den Eigenhausbau, bei dem der größte Teil des fehlenden Eigenkapitals von dem Käufer des Eigenheimes angezahlt wird. Diese Methode der Finanzierung ist volkswirtschaftlich von besonderer Bedeutung, da hierdurch viele kleine Beträge, die der kleine Sparer bisher im Strumpf verwahrte, der Wirtschaft zugeführt werden. Um dem Hochbau wieder seine Bedeutung wie vor dem Kriege zu geben, ist es erforderlich, daß die Mündelsicherheit der Hypothekenbanken wieder auf den Vorkriegsprozentsatz zurückgeführt und ein Bankinstitut geschaffen wird, das II. Hypotheken zu erträglichen Zinsen gibt.

Das mittlere und kleinere Baugewerbe

M. Schadewald, Geschäftsführer der Fachgruppe Eigenhausbau, Berlin

Bei Einschaltung in das Arbeitsbeschaffungsprogramm zeigen sich für das mittlere und kleine Baugewerbe besondere Schwierigkeiten, da gerade diese Gruppe während der ganzen Nachkriegszeit unter einer dauernd rückläufigen Entwicklung gelitten hat. Ihre Lage innerhalb des Gesamtgewerbes ist mit einer gesunden Gewebezelle zu vergleichen, die zur Schrumpfung verurteilt wurde, weil rechts und links von ihr durch Fehlleitungen der Nährstoffe hypertrophische Aufblähungen entstanden.

Rechts die Groß- und Konzernbetriebe. Sie wuchsen auf dem Boden eines Zeitgeistes, der nur noch Großprojekte und damit Großaufträge für rationell und vertretbar hielt. Nicht Bürohäuser, Zinshäuser und einzelne Fabriken privater Unternehmer, die früher auch von kleineren Betrieben ausgeführt wurden, sondern Büropaläste, Hochhäuser, Industriemammutbauten und Großwohnblöcke wurden errichtet. Diese setzten für die Auftragserteilung meist die nahe Verbindung mit einer Großbank voraus. Dadurch wurden die auf sich selbst gestellten und im Kern gesunden Betriebe von diesem Arbeitsfeld ausgeschlossen.

Für den zurückgehenden Bau von Villen und Landhäusern boten die Gruppensiedlungen mit Hauszinssteuerhypotheken keinen Ersatz, denn auch hier hatte der Großauftrag das Wort.

Auf der anderen Seite des schrumpfenden Gewerbes entstand ein äußerlich vollständig verschiedenes Gebilde von bisher kaum erfaßter Bedeutung und Größe, in das Leben gerufen durch „Die wilde Siedlung": ein illegales Baugewerbe. Die Zahl dieser Unternehmungen — unkontrollierbar, keiner Innung, keiner Berufsvereinigung angehörend — übersteigt die der berufsständischen Baugeschäfte in Berlin und Vororten sicher um das Drei- bis Vierfache. Ihre Entstehung verdanken sie in der Hauptsache den generellen, kommunalen Bauverboten und den übertriebenen Straßenbauansprüchen. Diese wirkten bis vor kurzem in den Berliner Randgebieten fast prohibitiv auf den Wohnungsbau. Alle die Häuschen in dieser Zone, in denen heute, der Zahl nach, die Bevölkerung einer Großstadt wohnt, konnte nur unter gröbster Täuschung der Behörden entstehen.

Dieses unwürdige Spiel konnte das solide Baugewerbe nicht mitmachen. Es schaltete sich dadurch aus und öffnete das Einfallstor für dieses große Auftragsgebiet für eine neue Spezies des Baugewerbes, die durch ihren Mangel an technischer und kalkulatorischer Schulung, an kaufmännischen Kenntnissen und Erfahrungen sowie durch unlauteren Wettbewerb dahin sich auswirkte, daß in dem riesigen Wohnungsbaugebiet der nächsten Zukunft, bei den hunderttausend und mehr kleinen Parzellenbesitzern, die alle Auftraggeber werden sollen und müssen, die Meinung Platz gegriffen hat, daß Baugewerbe und Schwindel das gleiche seien.

Wenn man bedenkt, daß die gemeinsamen Bemühungen von Regierung und Reichsbank zur Ankurbelung des Pfandbriefmarktes, eine Maßnahme zur Beschaffung von Kleinhypotheken und damit zum Ausbau der Siedlungsgebiete in großem Maßstabe darstellt, dann erkennt man den Schaden der Hemmung, die die oben geschilderte Geschäftsgebarung für eine schnelle Durchführung des großen Werkes der vorstädtischen Siedlung darstellt. Hier ist noch eine große Reinigung nötig, wenn nicht ein ganzer, bewährter Gewerbezweig zugunsten einer ungesunden Treibpflanze verkümmern soll. Notabene stellt

dieser Gewerbezweig die Grundlage für den handwerklichen Nachwuchs dar.

Die Erfüllung einer anderen Hoffnung, und zwar auf stärkere Heranziehung beim Bau der Nebenerwerbssiedlungen in größeren Gruppen, die regierungsseitig stark gefördert werden sollen, stößt ebenfalls noch auf Schwierigkeiten: Der Bauherr, meist eine gemeinnützige Gesellschaft, will oder kann, um sich die Verwaltung nicht zu verteuern, einen Auftrag von z. B. 600 000 RM nicht in acht Lose aufteilen. Wenn auch Versuche dazu schon gemacht wurden, so doch nur vereinzelt. Jetzt will das Gewerbe selbst durch organisatorische Maßnahmen interner Art Abhilfe schaffen. Vorschläge dazu gehen den maßgebenden Stellen in kürzester Zeit zu.

Auf einem anderen Gebiete wieder treten innere Hemmungen als Hindernis auf: Die Übernahme von Aufträgen für größere Instandsetzungen und Umbauten ist bekanntlich von der Beteiligung an der Geldbeschaffung auf Wechselbasis abhängig. Die Unterzeichnung von Wechseln aber gilt gerade bei den soliden Mitgliedern des kleinen und mittleren Baugewerbes als gewissermaßen anrüchig. Diese Anschauung ist selbstverständlich in dieser allgemeinen Form als veraltet zu bezeichnen. Hier kann Belehrung und guter Wille noch manches Geschäft zustande- und manchen Volksgenossen in Arbeit bringen, denn viele größere Reparaturen scheitern heute nur daran, daß Auftraggeber und Ausführender der neuartigen Kreditbeschaffung noch fremd gegenüberstehen.

Wir sehen also, daß auf drei Gebieten: der Einzelsiedlung, der Neusiedlung und der Instandsetzung die Regierung mit ihren Maßnahmen zielbewußt vorangegangen ist. Aufgabe des Gewerbes muß es jetzt sein, mitzuhelfen, die beschriebenen Hindernisse zu beseitigen. Dann wird in absehbarer Zeit das erreicht sein, was alle wünschen: kein Bauhandwerker mehr ohne Arbeit.

DÜRFEN WIR NOCH BAUEN?

Bürgermeister a. D. Bruno Schwan, Geschäftsführer des Deutschen Vereins für Wohnungsreform

Es erscheint paradox, eine solche Frage in einer Zeit zu stellen, in der der Kampf gegen die Erwerbslosigkeit im wesentlichen durch Arbeitsbeschaffung für das Baugewerbe ausgefochten wird. Was die Reichsregierung zur Durchführung des großen Planes der Schaffung von Autobahnstraßen tut, was die Reichsbahn an Milliardenaufträgen vergibt, und die Förderung des Wohnungsumbaues und der Wohnungsinstandsetzung mit öffentlichen Mitteln, alles das dient in erster Linie zur Befruchtung der Bautätigkeit, zur Arbeitsbeschaffung für das Baugewerbe. In einer Denkschrift über den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sagt der Reichsarbeitsminister dazu:

„Im Mittelpunkt der Maßnahmen der Reichsregierung zur Eindämmung saisonmäßiger Verschlechterungen des Arbeitsmarktes steht die große Aktion zur Förderung von Instandsetzungsarbeiten und Umbau von Wohnungen, die insgesamt zusätzliche Arbeitsgelegenheiten in einer Größenordnung von annähernd 2 Milliarden RM schaffen wird. Das bedeutet, daß in den Gewerben, die mit dem Hochbau verbunden sind, die Zahl der jetzt beschäftigten Arbeitskräfte im wesentlichen durch den Winter hindurch wird gehalten werden können."

Die Frage, ob wir noch bauen dürfen, erscheint daher schon durch die Tat überholt. Wir dürfen nicht nur bauen, wir tun es bereits. Aber auch in der Einschränkung, mit der die am Kopfe dieses Aufsatzes gestellte Frage gemeint ist, nämlich, ob wir noch Wohnungen bauen dürfen, wird die Antwort in der Regel bejahend lauten, insbesondere, wenn man dabei nur an die Arbeitsbeschaffung denkt. Und doch liegen die Dinge hier wesentlich komplizierter. Schon am 1. Februar v. J. hat der „Deutsche Verein für Wohnungsreform" die gleiche Frage zum Gegenstand einer öffentlichen Tagung im großen Saale des Reichswirtschaftsrats gemacht. Damals behandelte Direktor Dr. Burgdörfer das Thema im wesentlichen vom Standpunkt des Bevölkerungspolitikers. Er wies nach, daß trotz des zu erwartenden Stillstandes in der Bevölkerungszunahme doch mit einer Zunahme der Haushaltungen auf eine längere Reihe von Jahren zu rechnen sei, so daß wir zur Befriedigung dieses Wohnungsbedürfnisses nicht nur bauen dürften, sondern bauen müßten, wenn wir das Volk nicht in seinen Wohnungsansprüchen auf ein allzu trauriges Niveau herabsinken lassen wollen.

Anläßlich dieser Tagung gaben wir eine Schrift mit dem gleichen Titel „Dürfen wir noch bauen?" heraus, in der der Verfasser, Reg.-Rat Dr. Wagner vom Statistischen Reichsamt es mit großer Gewissenhaftigkeit unternahm, die Notwendigkeit, in der Förderung der Wohnungsbautätigkeit nicht zu erlahmen, unter Beibringung eines überaus großen Zahlenmaterials zu beweisen. Wir können uns nicht darauf beschränken, nun einfach auf jene Schrift zu verweisen. Das ist nicht angängig, weil sich in der Zwischenzeit die Dinge begreiflicherweise verschoben haben und sich manches geklärt hat, was damals nur geschätzt oder vermutet werden konnte. Das gilt zunächst für die Leerwohnungsziffer, die durch die Volkszählung vom Juni v. J. festgestellt worden ist, und das gilt des weiteren für die Ergebnisse der im zu Ende gehenden Jahre entwickelten Bautätigkeit und hierbei insbesondere für die Veränderung im Altwohnungsbestand durch Instandsetzungen und Wohnungsteilung. Aber auch die durch die bevölkerungspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung eingetretenen oder noch zu erwartenden Veränderungen in der Zahl der Eheschließungen und der Geburtenziffer müssen die seinerzeit aufgestellte Rechnung beeinflussen. Und schließlich hat die politische Umwälzung sowohl in der geistigen und seelischen Verfassung des Volkes wie auf wirtschaftlichem Gebiete Veränderungen zur Folge gehabt, deren Auswirkungen auf das uns beschäftigende Teilgebiet heute noch nicht zahlenmäßig erfaßbar sind, die aber bei den für die zukünftige Entwicklung anzustellenden Berechnungen nicht außer Betracht bleiben können.

Aus den Kreisen des Hausbesitzes und derjenigen Wirtschaftspolitiker, die diesen nahestehen, werden Anschauungen vorgetragen, wie sie z. B. in einem Aufsatz in der angesehenen Wirtschaftszeitschrift „Die Bank" (Heft 47, 1933) zum Ausdruck kommen und die sich in der Forderung erschöpfen: es dürfe solange überhaupt nicht gebaut, d. h. dem Althausbesitz solange keine Konkurrenz durch den Neubau von Wohnungen gemacht werden, als noch Altwohnungen leerständen. Ja es wird dort das Vorhandensein eines Wohnungsbedarfs überhaupt geleugnet, „sobald man die hygienischen und sozialen Wünsche, deren Verwirklichung in untrennbarer Verbindung mit dem Volksreichtum bzw. der Einkommensbildung steht, in die Grenzen des Erfüllbaren zurückweist". Das ist ein im nationalsozialistischen Staat völlig untragbarer Standpunkt. Bei noch so weitgehender Berücksichtigung

des wirtschaftlich Möglichen gibt es für die Art der wohnlichen Unterbringung des Volkes eine untere Grenze, die nicht unterschritten werden darf, wenn der angerichtete Schaden sich nicht viel katastrophaler auswirken soll, als es die zu seiner Abwendung erforderlichen geldlichen Aufwendungen für die Gesamtwirtschaft sind. Es ist nicht richtig, daß das Vorhandensein einer gewissen Anzahl von Leerwohnungen und der Umstand, daß erfreulicherweise Obdachlose bei uns noch nicht in Torwegen und auf leeren Böden nächtigen, ein Beweis dafür sei, daß Jedermann ein Dach über dem Kopf habe und daß alles Gerede von Wohnungsbedarf und Wohnungsverbesserung lediglich von Schwärmern und Idealisten ausgehe. Ein Wohnungsbedarf besteht nicht nur, weil eine erhebliche Zahl von Familien unerträglich schlecht wohnt und sich mit seiner schlechten Wohnung nur abfindet, weil sie die bessere nicht bezahlen kann, sondern ein Wohnungsbedarf besteht auch in den Volkskreisen, die durchaus in der Lage wären, die Miete einer Wohnung zu bezahlen, die aber diese Wohnung tatsächlich nicht finden, weil sie nicht vorhanden ist. Hier liefert auch die Zahl der bei der letzten Volkszählung ermittelten Leerwohnungen keinen Gegenbeweis, denn abgesehen davon, daß der Leerwohnungsbestand von 1,3 v. H. weit hinter der Hälfte desjenigen Leerwohnungsbestandes zurückbleibt, den wir in der Vorkriegszeit stets gehabt haben und den eine gesunde Wohnungspolitik stets für unerläßlich gehalten hat, weil nur so ein reibungsloser Umzug möglich und die Erhaltung der Wohnungsqualität gesichert ist, sagt die neueste Statistik, die diese Leerziffer von 1,3 v. H. erwiesen hat, nichts über die Qualität dieser Wohnungen und leider auch nichts über die Mieten, die dafür zu zahlen wären. Wir kommen nicht darum herum, auf dem sogenannten objektiven Wohnungsbedarf aufzubauen, wenn wir überhaupt eine auch nur einigermaßen verläßliche Berechnung anstellen wollen. In diesen Berechnungen sind wir stets ausgegangen von der in der Volkszählung vom Mai 1927 ermittelten Leerwohnungsziffer von rund einer Million. Wir haben hierzu den in den Jahren 1927 bis 1932 einschließlich durch Haushaltsgründungen hinzugetretenen Neubedarf mit 6 · 225 000 = 1 350 000 Wohnungen hinzugezählt und von dieser Gesamtsumme von 2 350 000 Wohnungen die in den gleichen Jahren neuerstellten 1 600 000 Wohnungen abgezogen und sind so auf die sogenannte objektive Fehlziffer von 750 000 Wohnungen für den 1. Januar 1933 als Stichtag gekommen.

Schon in der Eingabe, mit der der „Deutsche Verein für Wohnungsreform" sich an den Herrn Reichskanzler gewandt hat, wurde aber zum Ausdruck gebracht, daß dieser objektive Wohnungsbedarf mit dem tatsächlichen, d. h. dem subjektiven Wohnungsbedarf nicht übereinstimmt. Unter den als nicht im Besitze einer Wohnung befindlichen Haushaltungen hat die Statistik jeden Haushalt verstanden, der sich mit einem anderen zusammen in eine Wohnung teilte. Das ist nicht nur in den zahllosen Fällen, wo Eltern bei Kindern oder umgekehrt gewohnt haben, schon von jeher in unserem Volke so gewesen und hat zu Beanstandungen nach der hygienischen Seite niemals Anlaß gegeben. Es ist auch sicherlich ebenso in zahllosen Fällen, wo fremde Haushaltungen sich in die Benutzung einer Wohnung teilten, kein Anlaß gewesen, dagegen grundlegende Einwendungen zu erheben. Statistische Unterlagen, um die Zahl dieser sogenannten zweiten Familien, die keine eigene Wohnung besaßen, aber erträglich wohnten, einigermaßen verläßlich zu umgrenzen, sind nicht vorhanden. Man ist daher auf Schätzungen angewiesen und es ist sicherlich weitgehend, wenn man sagt, daß hierfür die Hälfte der sogenannten Fehlziffer von 750 000 in Abzug gebracht werden kann. Die verbleibende Hälfte aber wohnt nun fraglos nicht so, daß man diesen Zustand als sozialpolitisch oder hygienisch erträglich bezeichnen könnte, und ein erheblicher Teil hiervon wiederum ist durchaus bereit und in der Lage, die Miete einer selbständigen Wohnung aufzubringen, wenn man sie ihm nur gibt.

Die durch die Volkszählung ermittelten leerstehenden Wohnungen gliedern sich wie folgt:

Zahl der Wohnräume	Zahl der Wohnungen	Daraus sind durch Teilung zu gewinnen	Bemerkungen
1	4 551	4 551	—
2	12 923	12 923	—
3	23 310	23 310	—
4	23 340	46 680	das Doppelte
5	13 341	26 682	„
6	8 718	21 795	das Zweieinhalbfache
7	11 928	35 784	das Dreifache
rund	98 200	171 725	—

Hier haben wir den Versuch unternommen, einmal überschläglich zu berechnen, wieviel Wohnungen sich durch Teilung im Höchstfalle aus diesen Leerwohnungen herstellen lassen und sind dabei auf die obenerrechnete Ziffer von rund 172 000 Wohnungen gekommen. Man sieht daraus, daß selbst wenn alle diese Wohnungen belegt würden, was praktisch ja kaum durchführbar ist, noch längst nicht die Gesamtziffer Derer, die man als dringend wohnungsbedürftig ansehen muß, wohnlich untergebracht wäre. Hierbei ist aber völlig außer acht gelassen, daß nicht nur im laufenden Jahre ein erhöhter Bedarf infolge der gestiegenen Eheschließungsziffer hinzugekommen ist, sondern daß auch in den kommenden Jahren noch mit einem Haushaltszugang zu rechnen ist, den Dr. Wagner in der vorgenannten Schrift für die Jahre 1934 bis 1940 wie folgt errechnet hat:

1934 . .	302 000	1937 . .	211 000	1940 . .	127 000
1935 . .	246 000	1938 . .	189 000		
1936 . .	209 000	1939 . .	186 000	Summe:	1 470 000

Wollte man auch nur die Hälfte dieser neuen Haushalte als Wohnungsinteressenten ansehen, so ergäbe sich immerhin für die nächsten sechs Jahre zusammen mit dem obenerrechneten derzeitigen Bedarf ein Gesamtneubedarf von nahezu einer Million Wohnungen.

Alle diese Überlegungen zeigen, daß wir nicht nur bauen dürfen, sondern daß wir bauen müssen, wenn wir nicht unhaltbaren Zuständen entgegengehen wollen.
Es kann nicht davon gesprochen werden, daß der Althausbesitz diesen Wohnungsbedarf auch nur annähernd befriedigen könne.

Die Errichtung von neuen Wohnungen bedeutet darum auch für den Althausbesitz keine Konkurrenz. Daß sich der gesamte Hausbesitz — und zwar sowohl der Altwie der Neuhausbesitz — in wirtschaftlich schwieriger Lage befindet, kann kein Einsichtiger bestreiten. Der Anteil des Leerwohnungsbestandes an dieser prekären Situation tritt aber zurück gegenüber den Schwierigkeiten, die in dem Mißverhältnis zwischen der Belastung mit Steuern und Hypothekenzinsen auf der einen Seite und der sinkenden Zahlungsfähigkeit der Mieter auf der anderen begründet sind. Zinssenkung und Steuerermäßigung heißen daher die Mittel, mit denen der Not des Hausbesitzes begegnet werden kann und die auch von der Reichsregierung bereits in erfreulicher Weise in Angriff genommen worden sind. Ein Stoppen der Wohnbautätigkeit aber, deren Übertreibung sich ja schon aus der Schwierigkeit der erforderlichen Kapitalbeschaffung ergibt, sollte

als Mittel zur Rettung des Hausbesitzes nicht diskutiert werden. Wir müssen daher nach wie vor dafür eintreten, daß der ganze Ernst dieser Frage erkannt wird, da die aus einer Vernachlässigung der Wohnungsfürsorge sich ergebenden Folgen sowohl für die körperliche wie die seelische Gesundheit des Volkes nicht ernst genug betrachtet werden können.

Daß wir damit weitere Wege zur Linderung der Arbeitslosigkeit erschließen können, muß uns in der Verfolgung dieses Zieles nur bestärken.

FÜR DEN EIGENHEIM- UND HEIMSTÄTTENBAU

Dr.-Ing. J. W. Ludowici, Jockgrim (Pfalz)

Die Schaffung von Eigenheimen und gartenwirtschaftlichen Heimstätten für die heute in der Arbeitsfront zusammengefaßten deutschen Schaffenden ist vielleicht die größte soziale und wirtschaftliche Aufgabe unserer Zeit. Die Verwurzelung mit einem eigenen, auch noch so kleinen Stück Grund und Boden des deutschen Vaterlandes löst die schwierigsten sozialen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Probleme. Dieses kleine Stück deutschen Bodens führt die Menschen zurück zu Gott und Vaterland, läßt gesunde Kinder „wachsen" und gestaltet die Familie als Baustein des Staates. Qualität der Arbeit bedeutet die Zukunft Deutschlands. Qualität der Arbeit ist unmöglich ohne Qualität des Menschen, Qualität des Menschen ist unmöglich ohne Qualität der Familie und der Rasse — und diese kann nur auf dem Boden wachsen. Wenn wir aber überhaupt noch deutsche Waren in das Ausland exportieren wollen, dann muß ihre Qualität um so viel über den Massengütern östlicher bedürfnisloser Rassen stehen, als die Ansprüche des deutschen Volkes auch die Lebensansprüche dieser Völker übersteigen. Auf dieser Grundlage steht aber schließlich die deutsche Kultur.

Die Schaffung der Heimstätten muß zu niedrigen Herstellungskosten möglich sein, damit sie für jeden deutschen Arbeiter erreichbar werden — aus eigener Kraft!

Denn die Werkheimstätte ist keine Aufgabe der Fürsorge oder der Wohltätigkeit. Der deutsche Arbeiter soll den deutschen Boden und das Anwesen nicht als ein Almosen oder Geschenk in Empfang nehmen. Er kann mit Recht beanspruchen, daß ihm die Volksgemeinschaft den Weg öffnet, auf welchem er den eigenen Herd voll und ganz durch eigene Leistung aufbauen kann.

Bei der Ansiedlung des Menschen auf dem Boden sind verschiedene Dinge zu beachten, die total betrachtet und erfaßt werden müssen. Dies sind der Mensch, der Boden, die Wirtschaft, der Besitz, das Wachstum und das Erbe. Die materialistische und städtische Auffassung der Siedlungsfrage in den vergangenen Jahren hat kaum den Boden und die Wirtschaft im Rahmen dieser Folge richtig beachtet. In weitem Umfange hat sie Bauen mit Siedeln verwechselt. Das wichtigste aber, den Menschen, hat sie zunächst ganz vergessen und ist erst nach großen praktischen Mißerfolgen zu der Entdeckung gelangt, daß die Auswahl der geeigneten Siedler eigentlich das wichtigste gewesen wäre. Den Unterschied zwischen Wirtschaft und Besitz hat sie überhaupt nicht begriffen. Sonst hätte sie nicht auf den ungeheuerlichen Gedanken kommen können, dem Siedler seinen ganzen Lebensweg sogar auf Generationen hinaus als Schuldenweg zu pflastern. Ebenso sind die Gesetze des Wachstums und die Probleme des Erbfalls nicht beachtet worden. Die Aufgabe wurde mit kurzen Worten rein kapitalistisch und nicht organisch begriffen und behandelt.

Der äußere Ausdruck für diesen falschen Geist ist nicht nur die Vernachlässigung fast aller Fragen neben den in den Vordergrund gestellten rein baulichen und konstruktiven Erfordernissen. Es darf nicht wundernehmen, daß selbst noch auf diesem Teilgebiet die falsche Gedanken- und Willensrichtung sich in Bau- und Siedlungsformen verkörpert hat, welche jede bodenständige deutsche Bindung vermissen lassen. Leider ist es oft so, daß man, mit zugebundenen Augen aus mancher Siedlung im Westen nach mancher Siedlung im Osten versetzt, kaum sagen kann, wo man sich eigentlich in Deutschland befindet. Der bodenständige Charakter ist verlorengegangen, obwohl er bei Aufrechterhaltung aller wirtschaftlichen Grundsätze hätte gewahrt bleiben können.

Wir haben keine Bauaufgabe zu lösen, sondern eine Siedlungsaufgabe. Erst innerhalb dieser Siedlungsaufgabe ergibt sich die Bauaufgabe, ein- und untergeordnet den großen Gesichtspunkten des Menschen und des Bodens. Die Rückführung des Menschen als Siedler in eine teilweise Selbstversorgung hat zur Voraussetzung, daß Boden, Klima und Umgebung den Anbau geeigneter Nutzpflanzen und die Haltung geeigneter Nutztiere ermöglichen. Es genügt nicht, daß an der betreffenden Stelle irgendein bestimmtes Gewächs besonders gut gedeiht, denn damit wäre ja der Siedler auf den unsicheren Marktabsatz angewiesen, würde dem Gärtner Konkurrenz machen und keine auch nur teilweise Selbstversorgung besitzen.

Selbsthilfe und Selbstversorgung begegnen noch zahlreichen unberechtigten Vorurteilen. Niemand hat etwas von Häusern, die nicht gebaut werden, und niemand hat etwas von Gemüse und Obst, das nicht gegessen wird. Selbsthilfe und Selbstversorgung sollen aber dort eingesetzt werden, wo nur durch sie der Bau der Heimstätten aus eigener Kraft ermöglicht werden kann und nur durch sie die nötige Pflanzennahrung im Interesse der Volksgesundheit wirtschaftlich erreichbar wird.

In jedem Menschen, auch dem einfachsten und geringsten, ist die Persönlichkeit zu achten. Das Einzwängen ganzer Volksschichten in ein geistloses starres Schema ist schließlich eines der Wahrzeichen des Marxismus und Liberalismus gewesen. Die moderne Verwaltungsorganisation in Staat und Wirtschaft kann zwar auf Schemate und Formulare nicht verzichten. Es kommt aber alles darauf an, ob die Menschen ohne Gefühl und Verstand in die Schemate und Paragraphen hineingezwängt werden oder sich umgekehrt die Schemate und Paragraphen dem Menschen anzupassen haben. Dies unterscheidet Zukunft und Vergangenheit. Dies ist möglich, ohne die Grundsätze einer sparsamen und einfachen Verwaltung aufzuheben.

Die Frage ist leicht zu beantworten, warum das Siedlungsproblem in der Vergangenheit nicht total und organisch erfaßt und behandelt worden ist. Dies ist ja der Boden einer neuen Weltanschauung, der von jedem Einzelnen innerlich erkämpft werden muß. Insbesondere in Deutschland leiden wir wie in keinem anderen Lande der Welt an einem hoffnungslosen Spezialistentum. Über diesen Spezialisten sagt

ein spanischer Philosoph, daß er außerhalb seines Gebietes die Ansicht eines Wilden besitze, die er mit Selbstvertrauen verteidige, ohne Rücksicht — und das ist das Widersinnige — auf die dort zuständigen Fachleute. Auf dem Gebiete der Siedlung finden wir für dieses Spezialistentum ein besonders gutes Beispiel.

Der eine ist Spezialist für das Bauen — und baut, der andere ist Spezialist für die Anlage von Gärten — und legt Gärten an, wieder ein anderer ist Zoologe — und beschäftigt sich mit Tierhaltung und Tierzucht, ein anderer ist Volkswirt — und beschäftigt sich mit der Wirtschaftsentwicklung, ein anderer ist Verwaltungsjurist — und entwirft Vorschriften und Anweisungen. Niemand aber siedelt! Denn zum Siedeln gehören alle diese Dinge zusammen in einer organischen und totalen Behandlung.

Es gehören vor allem dazu auch die Darlehnsbedingungen. Diese dürfen nicht einzig und allein vom Darlehnsgeber aus gesehen werden. Es gibt auch im Bankgewerbe eine Kundschaft. Man muß sich in die Bedürfnisse dieser Kundschaft, ihren Bedarf, ihr Vermögen, ihre Leistungen gründlich vertiefen, wenn man die im Interesse beider Seiten liegende richtige Lösung finden will. Grundsätzlich sollte hierbei nur von Tilgungshypotheken ausgegangen werden in der Überzeugung, daß jede andere Form der Belastung aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen abzulehnen ist. Die Tilgungshypothek ist in Monatsraten abzutragen. Maßgebend für die vernünftige und gesunde Tilgung einer Schuld ist die monatliche Haushaltsrechnung des Schuldners. Aus ihr muß sich der Betrag ergeben, den der Betreffende unter Berücksichtigung seiner ganzen Lebensverhältnisse monatlich an seiner Schuld ableisten kann.

Der Einfluß des Zinses auf die Tilgungszeit und hiermit auf die wirklich abzutragende Schuld hängt von dem Verhältnis zwischen der Monatsrate und dem aufgenommenen Darlehn ab. Es ist ein allgemeiner Irrtum, eine „Zinsknechtschaft" nach der Höhe des Zinsfußes zu beurteilen. Zunächst ist ein Zinsfuß gar nichts anderes als eine Zahl. Von einer Zinsknechtschaft sprechen wir dann mit Recht, wenn ein Mensch zeit seines Lebens an den Zinsen einer Schuld zu tragen hat und nicht hoffen darf, je von diesem Joch befreit zu werden. Von einer Zinsknechtschaft sprechen wir ebenso mit Recht, wenn ein Mann allein an Zinsen neben der Schuld so viel zurückzuzahlen hat, als die Schuld selbst beträgt, oder gar noch mehr. Diese beiden unsozialen kapitalistischen Schuldverhältnisse müssen mit allen Mitteln bekämpft werden. Ein Zinsfuß von 4 v. H. kann je nach den Darlehnsbedingungen eine größere Zinsknechtschaft bedeuten als ein Zinsfuß von 7 v. H. Dies soll nicht bedeuten, daß der Zinsfuß nicht so niedrig wie möglich sein soll, sondern soll nur bezwecken, zu einem wirklich gründlichen Nachdenken über diese Fragen anzuregen.

Wenn Jemand dadurch, daß er seine Ansprüche am Anfang einschränkt, schon z. B. in acht oder in zwölf Jahren Besitzer werden kann, dann ist alles gewonnen. Erst wenn er Besitzer ist, wird er ja ein anderer Mensch. Erst dann kann er sich als Herr im eigenen Haus fühlen. Erst dann ist er nicht mehr allein das willenlose Glied eines großen Wirtschaftsmechanismus, sondern kann selbst wirtschaften und gewinnt Verständnis und damit auch Einfluß auf die großen Fragen seines Volkes. Er geht mit einer ganz anderen Freude und einem starken Willen an das tägliche Werk, ohne daß ihm die ganze Zukunft immer von Schulden überschattet ist. Daß sein Haus zunächst nicht so groß ist, wie er es haben möchte, das nimmt ihm nicht die Arbeitsfreude, wie dies die Schulden tun, sondern das stärkt im Gegenteil seine Kraft und seinen Willen, vorwärtszukommen. Weiterzubauen — das ist ein Ziel, das anspornt und begeistert. Schulden abzutragen — das ist kein Ziel, das uns Freude und Kraft gibt. Es wird uns nur dann vorwärtstreiben, wenn wir die Aussicht haben, in einigen wenigen Jahren dadurch von diesem Joch freizukommen. Wenn dies aber viele Jahrzehnte sein sollen, dann verlieren wir leicht die Hoffnung.

Die Einschränkung der Ansprüche am Anfang bedeutet aber nichts anderes als den organischen Aufbau der Stelle in verschiedenen Stufen unter Anpassung an den persönlichen Bedarf, an die persönliche Leistung und das persönliche Vermögen. Von Denjenigen, denen die innere geistige Umstellung noch nicht gelungen ist, wird dieser Gedanke noch oft falsch verstanden. Es handelt sich nicht darum, den Menschen in noch kleinere Siedleranwesen zu zwängen, als dies in den vergangenen Jahren bereits gemacht wurde. Im Gegenteil, der organische Aufbau ermöglicht es, in Anpassung an die tatsächlichen Bedürfnisse das Siedleranwesen bei gleichen finanziellen Voraussetzungen in seinem fertigen Ausbau wesentlich größer zu gestalten als bisher. Die Errichtung des Anwesens in Ausbaustufen bedeutet geringe zusätzliche Mehrkosten gegenüber der sofortigen ganzen Errichtung des Anwesens. Wer gelernt hat, diese Fragen total zu betrachten, wird aber sofort diesen zusätzlichen Aufwand mit der ersparten Zinsenlast vergleichen. Unschwer wird er hierbei feststellen, daß dieser zusätzliche Aufwand nur einen kleinen Bruchteil der Summe ausmacht, die der Siedler auf diese Weise an Zinsen sparen kann. Es ist unsozial, wenn von diesen Möglichkeiten kein Gebrauch gemacht wird. In einem praktischen Fall wohnt ein Siedlerehepaar mit einem Kind zusammen in dem Dachgeschoßraum eines fertig ausgebauten Siedlerhauses, während der übrige Teil des Anwesens als gute Stube Verwendung findet. Dürfen Staatsmittel für Siedlungskredite, solange sie in einem derartigen Mißverhältnis zu dem tatsächlichen Bedarf stehen, dazu dienen, einzelnen höhere Ansprüche zu ermöglichen, wodurch dann Andere gänzlich leer ausgehen müssen? Wäre es nicht viel vernünftiger, wenn dieser Siedler zunächst nur eine Ausbaustufe seines Anwesens errichtet hätte? Außer den erwähnten sozialen Rücksichten hätte er dann einen beträchtlichen Zinsbetrag sparen können.

Auf lange Sicht hätte dies für den Siedler gar keine Einschränkung bedeutet, sondern er wäre im Gegenteil schneller Besitzer des fertig ausgebauten Siedlerhauses und des Bodens geworden als vorher. Er hätte sich auch durchaus dann eine gute Stube leisten können. Bei der gleichen finanziellen Belastung wäre sein Haus sogar größer geworden. Wir sind nun einmal ein Kulturvolk und wollen nicht den Lebensstandard des deutschen Arbeiters auf den eines östlichen Kulis herabdrücken lassen, sondern ihn im Gegenteil heben. Wir sind drauf und dran gewesen, alle zusammen die Kulis eines allmächtigen landfremden Großkapitals zu werden, dessen Forderungen durch die Bajonette feindlicher Großmächte geschützt sind. Wir müssen dies erkennen und die Folgerungen daraus ziehen. Aus dem deutschen Proletarier muß ein Landsasse werden, für den Nation, Kultur und Rasse mehr bedeuten als leere Schlagworte.

(Schluß folgt.)

Schöne deutsche Erde

Die nachfolgenden Bilder sind eine Auslese aus den baulichen Aufnahmen der Ausstellung „Die Kamera" zu Berlin vom November 1933. Sie zeigen gutgesehene Ausschnitte aus den deutschen Gauen. Darüber hinaus können sie uns eine Wegweisung sein. Wir alle suchen einen Ausdruck unserer Zeit, die deutsche Form, die Form der Zukunft. Bei unserem Ringen gibt uns das Gesicht unserer Heimat, das als offenes Buch vor uns liegt, eindeutige Antwort. Wie schlicht und wahr und warm und liebevoll haben unsere Vorfahren gebaut. Ein Sonnenstrahl fällt darauf und die starre Form wird zu einer unerhörten Sprache. Brauchen wir anderes zu tun, als diese unsere deutsche Art mit den Notwendigkeiten unserer Zeit zu verbinden? Schlicht, wahr, warm und liebevoll sei auch die Sprache unserer Zeit, und wir alle seien voll Verantwortung bei jedem Werk. Wir allein haben es in der Hand, unser Land wieder so reich zu gestalten, wie es in früheren Jahrhunderten war. Und die innige Liebe zu unserem Deutschland verpflichtet uns. Gibt es etwas Herrlicheres, als hohe Verantwortung, auch bei dem kleinsten Werk, zu tragen, einwirken zu können auf des Menschen Inneres, auf dessen Seele, mitwirken zu können an unserem Aufbau mit einem der stärksten Ausdrucksmittel, der Form? Heiss

Drunten im Tale. Aufnahme Hans Schindelbeck, Nürnberg

Deutsche Kleinstadt. Aufnahme Hans Ludewig, Weißig b. Dresden-Bühlau

Sonne am Fenster. Aufnahme Otto Illauer, Nürnberg

Blick von der Danziger Marienkirche.
Aufnahme Dagmar Assmus, Berlin

Zons am Rhein. Aufnahme Bady Rausch, Köln

Bauernhaus im Bayrischen Wald. Aufnahme Karl Sennefelder, Regen

Deutsche Ansiedlung im Osten. Aufnahme Harry Evers, Berlin-Charlottenburg

BIBLIOTEKA POLITECHNIKI ŚLĄSKIEJ

Kleine Erde. Aufnahme Herbert Althann, München

Fränkisches Städtchen. Aufnahme Otto Illauer, Nürnberg

Bauernhaus in der Jachenau. Aufnahme Arnold Petersen, Hamburg

Sonne über den Dächern. Aufnahme Bady Rausch, Köln

Aus dem Bayrischen Wald. Aufnahme Karl Sennefelder, Regen

Alter Winkel. Aufnahme Wilhelm Castelli jun., Lübeck